

Antrag

Fraktion der SPD

Hannover, den 04.06.2012

Zusammenarbeit zwischen Niedersachsen und den Niederlanden: Stärken und ausbauen

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Die Niederlande und das angrenzende Bundesland Nordrhein-Westfalen sind wichtige Partner für Niedersachsen. Die enge wirtschaftliche Verflechtung im Grenzbereich, zahlreiche Städtepartnerschaften, Schüleraustauschprojekte, Kooperationen zwischen den Kommunen, wie beispielsweise im Rettungsdienst und Katastrophenschutz, sowie weitere vielseitige Kontakte haben zu einem offenen Umgang miteinander und zu einer Vertiefung der Beziehungen, besonders zwischen dem westlichen Niedersachsen und den niederländischen Nordostprovinzen, geführt. Damit sich diese Regionen weiter zu einem gemeinsamen Kultur- und Wirtschaftsraum entwickeln können, sind die vorhandenen Ansätze auszubauen und neue Impulse in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit notwendig. Vor diesem Hintergrund ist es wünschenswert, Wirtschaft und Wissenschaft auch künftig weiter zu verzahnen, um als Region im Rahmen der Weiterentwicklung der europäischen Kohäsionspolitik Gehör zu finden.

Ein gutes Beispiel für länderübergreifende Zusammenarbeit ist der Aufbau der „European Medical School“ an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg und der Rijksuniversiteit Groningen, an der zum Wintersemester 2012/2013 die ersten Studentinnen und Studenten ihr Studium aufnehmen können. Die gemeinsame Juristenausbildung im Rahmen der „Hanse Law School“ ist ebenfalls ein vielversprechendes Projekt, um den Wissensaustausch zwischen Niedersachsen und den Niederlanden zu befördern.

Die Zusammenarbeit mit den Niederlanden und Nordrhein-Westfalen im Rahmen der grenzüberschreitenden Arbeit der Euregio und der Ems-Dollart-Region (EDR) mit den nordostniederländischen Provinzen Drenthe, Fryslân, Groningen und Overijssel ist fortzuführen.

Der Niedersächsische Landtag bekundet sein nachhaltiges Interesse, die Zusammenarbeit auch auf parlamentarischer Ebene mit den Provinciale Staaten der nordostniederländischen Nachbarprovinzen fortzusetzen, um themenbezogene Angelegenheiten von beiderseitigem Interesse in den zuständigen Gremien zu erörtern.

Der Niedersächsische Landtag begrüÙt daher die darauf zielende Initiative (des Vorsitzenden) des Präsidiums der Provinciale Staaten der Provinz Groningen.

Der Landtag bittet die Landesregierung, sich dafür einzusetzen,

1. dass im Sinne der besseren Verständigung die Angebote zum Unterricht in der niederländischen Sprache in der Grenzregion (und darüber hinaus) wie auch Schulkooperationen, gemeinsame Lehrerfortbildungen und Schüleraustausche ausgeweitet werden,
2. dass der Programmraum von INTERREG V A im Förderzeitraum 2014 bis 2020 so abgefasst wird, dass die Potenziale in den Regionen vor allem bei Energie, Mobilität, Hochschulkooperationen und Wissenstransfer, dem Tourismus und bei Innovationen im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen umfassend einbezogen werden, d. h. im Einzelnen,
 - dass die Finanzierung der EMS und die Steigerung der Studierendenzahl verstetigt werden,

- dass weitere Kooperationen zwischen niedersächsischen und niederländischen Hochschulen unterstützt werden,
 - dass das niederländische Fernsehen in das deutsche Kabelnetz eingespeist wird,
 - dass der regelmäßige Kulturaustausch weiter verstärkt gefördert wird,
 - dass Auszubildende, die ihre Ausbildung oder Teile der Ausbildung im jeweiligen Nachbarland absolvieren möchten, unterstützt werden,
3. dass ein gemeinsamer nicht nur regionaler, grenzüberschreitender Arbeitsmarkt weiter ausgebaut wird,
 4. dass die Verkehrsplanung im Bahn-, Straßen- und Wasserstraßenbereich enger aufeinander abgestimmt und die grenzübergreifende Verkehrsentwicklung weiter verbessert wird, etwa durch einen Ausbau des grenzüberschreitenden ÖPNV, SPNV, die zügige Ausbauplanung der E 233, durch die grenzüberschreitende SPNV-Verbindung Bad Bentheim–Hengelo und durch den zweispurigen Ausbau der Schienenverbindung Groningen–Oldenburg–Bremen,
 5. dass die neue Initiative der Europäischen Kommission, Förderung von grenzüberschreitender Infrastruktur, mit in die grenzüberschreitenden Strukturfonds aufzunehmen, unterstützt und dieser Ansatz aktiv begleitet wird.

In diesem Zusammenhang ist der Vorschlag der Europäischen Kommission, den TEN-Korridor (Transeuropäische Netze) Amsterdam–Warschau über den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur für grenzüberschreitende Güter- und Personenbeförderung aufzugreifen und sind dafür konkrete Konzepte, die Straßen, Schienen und Schifffahrtswege beinhalten, zu entwickeln,
 6. dass die zukünftige Zusammenarbeit durch regelmäßige Treffen der Parlamentarier aus den Niederlanden und Niedersachsen und durch Arbeitskreissitzungen der einzelnen Fraktionen auf dem Boden des Nachbarlandes in den angrenzenden Provinzen unterstützt wird,
 7. dass die Rolle des EIZ beim Ausbau der gewünschten Kooperation klar definiert wird.

Johanne Modder
Parlamentarische Geschäftsführerin